



# Bundestags- brief

Nr.274 •Die Woche im Bundestag• 02.10.2020



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika  
Grütters MdB**

Tel.:030/227 70222

Fax:030/227 76223

monika.gruetters@  
bundestag.de

[www.monika-gruetters.de](http://www.monika-gruetters.de)

## **Bundeshaushalt 2021: Corona vor Augen, die Zukunft im Blick**

Die vergangene Sitzungswoche des Deutschen Bundestages stand ganz im Zeichen der Diskussion des Bundeshaushaltes 2021, den wir in erster Lesung im Plenum des Deutschen Bundestages debattiert haben.

Natürlich wird auch der aktuelle Haushaltsentwurf der Bundesregierung ganz maßgeblich geprägt von den großen Herausforderungen, vor die das aktuelle Epidemiegeschehen unser Land und unsere Gesellschaft stellt. Um diese außergewöhnliche Situation zu meistern, sieht der Entwurf für den Bundeshaushalt 2021 Ausgaben in Höhe von mehr als 400 Milliarden Euro vor, von denen deutlich mehr als die Hälfte für die Finanzierung der Sozialausgaben vorgesehen sind. Mit diesen zusätzlichen Mitteln sollen unter anderem die Sozialversicherungen finanziell stabilisiert werden, um die Beiträge für die Versicherten konstant zu halten.

Einen starken Akzent setzt die Bundesregierung in ihrem Haushaltsentwurf mit einem spürbaren Anstieg des Etats für Kultur und Medien. Der Regierungsentwurf für den Haushalt 2021 sieht insgesamt mehr als 1,94 Milliarden Euro für Kultur und Medien vor. Das sind 6,6 Prozent mehr als im Vorjahr und gut 60 Prozent mehr, als der Kulturetat bei meinem Amtsantritt hatte.

Im Juli haben wir außerdem mit „Neustart Kultur“ das größte Konjunkturprogramm für die Kultur in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland verabschiedet: 1 Milliarde Euro zusätzlich für die Kultur.

Und es ist kein kleiner Erfolg, dass es gelungen ist, ein eigenes Rettungs- und Zukunftsprogramm für die Kultur durchzusetzen, obwohl Kultur in Deutschland bekanntlich vor allen Dingen Sache der Bundesländer ist.

Nach Freuen ist mir trotzdem nicht zumute. Zu groß ist pandemiebedingt die Not vieler Künstlerinnen und Künstler, zu gewaltig sind die Herausforderungen für die Kultureinrichtungen und auch für die Unternehmen der Kulturwirtschaft.

„Neustart Kultur“ ist bereits im Juli angelaufen und stößt auf enorme Resonanz. Die Mittel fließen zügig ab und das Programm ist ganz bewusst auf die Sicherung der Infrastruktur ausgerichtet; denn sie ist der Schlüssel, um Arbeitsmöglichkeiten und damit Einkommen für Künstlerinnen und Künstler und für alle anderen im Kulturbereich Tätigen zu garantieren. Darüber hinaus appelliere ich an die zuständigen Länder, sehr differenziert darüber nachzudenken, wie man mit pragmatischen Konzepten vor allem das Bühnengeschehen möglichst wieder ans Laufen bringt.

Kunst und Kultur sind existenziell und von zentraler Bedeutung für eine starke und lebendige Demokratie. In diesem Sinne sieht unser Regierungsentwurf Mehrausgaben ganz besonders für die Aufarbeitung und Geschichtsvermittlung, für politische Bildung und kulturelle Teilhabe vor. Dazu gehört zum Beispiel die Bundeskulturförderung im ländlichen Raum. Zu nennen ist auch das „Zukunftsprogramm Kino“ mit 15 Millionen Euro, 20 Millionen Euro für Braunkohleregionen und ein Förderprogramm für Industriekultur, weil wir natürlich wissen, dass es gerade dort, wo sich Menschen abgehängt fühlen oder vom Strukturwandel überfordert sind, Orte des Austausches und Raum für Debatten geben muss.

Insgesamt ist dieser Haushalt Ausdruck unserer gemeinsamen Überzeugung, dass Kunst und Kultur das Fundament für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt sind, deren Förderung gerade in Zeiten der Krise für uns unverzichtbar ist.

## **Maritime Wirtschaft: ein wichtiger Erfolgsfaktor deutscher Handelspolitik**

Deutschland gehört unzweifelhaft zu den exportstärksten Nationen der Welt. Unsere Produkte sind überall begehrt und nachgefragt. Zu einer erfolgreichen Handelspolitik gehört aber auch die Möglichkeit, unsere Produkte in alle Welt überhaupt exportieren zu können.

Einen wichtigen Beitrag dazu leistet die deutsche Handelsflotte, die nicht nur für unsere Küstenregionen, sondern für die deutsche Gesamtwirtschaft von großer Bedeutung ist. Als weltweit fünftgrößte Handelsflotte sorgt sie für reibungslosen Austausch und Warenverkehr über Weltmeere, Kanäle und Flüsse.

Aber auch die maritime Wirtschaft ist von den Folgen der Corona-Krise gebeutelt, so war im Frühjahr ein scharfer Rückgang des Container-Handels zu beobachten. Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben wir daher in einem Fachgespräch gemeinsam mit Experten über Mittel und Wege nachgedacht, um die maritime Wirtschaft zu stärken und die deutsche Handelsflotte als unverzichtbaren Baustein unserer gesamtwirtschaftlichen Strategie zu erhalten.

## **Modernisierungsschub für Krankenhäuser**

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig ein gutes und leistungsfähiges Gesundheitssystem ist. Um künftig noch besser auf solche und ähnliche Gesundheitskrisen vorbereitet zu sein, investiert die Koalition nun drei Milliarden Euro in die Modernisierung der Krankenhäuser.

Der Deutsche Bundestag hat deshalb am vergangenen Freitag das sogenannte Krankenhauszukunfts-gesetz verabschiedet. Es sieht die Einrichtung eines Fonds vor, aus dem die nötigen Maßnahmen finanziert werden sollen.

Dabei geht es um die Modernisierung der stationären Notfallkapazitäten, die Verbesserung der digitalen Infrastruktur oder die Förderung von Telemedizin und Robotik. Zusätzlich zu den drei Milliarden des Bundes sollen die Länder weitere 1,3 Milliarden Euro beisteuern.

## **Mehr Polizei, mehr Sicherheit!**

Mit der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch CDU und CSU im Jahr 2005 ist eine solide Sicherheitspolitik und die vernünftige Ausstattung unserer Sicherheitskräfte wieder ein wichtiger Bestandteil der Regierungspolitik geworden.

Die Erfolge der kontinuierlichen Investitionen in unsere Sicherheitskräfte zeigen sich nun auch in beeindruckenden Zahlen, die das Statistische Bundesamt im Rahmen eines Überblicks der Personalentwicklung bei der deutschen Polizei kürzlich vorgelegt hat:

So stieg die Zahl der Polizeibeamtinnen und Beamten in den vergangenen zehn Jahren um 8,4 Prozent auf 333600 am 30. Juni 2019. Davon waren im vergangenen Jahr 52100 Personen im Vollzugs- und Verwaltungsdienst der Polizei des Bundes und 281500 in dem der Länder beschäftigt.

Dieser positive Trend wird sich auch in den kommenden Jahren weiter fortsetzen. Denn auch die Zahl der Anwärterinnen und Anwärter bei der Polizei von Bund und Ländern ist im letzten Jahrzehnt kontinuierlich gestiegen. Sie hat sich in den vergangenen zehn Jahren mehr als verdoppelt (+123,1 Prozent).

Der mit Abstand stärkste Aufwuchs ist bei der Bundespolizei zu verzeichnen. Die Zahl der Anwärterinnen und Anwärter bei der Polizei des Bundes stieg seit 2010 um 240 Prozent auf 7100, während der Anstieg bei den Landespolizeien von höherem Niveau aus rund 107 Prozent betrug. Dort sind inzwischen rund 32000 Anwärterinnen und Anwärter beschäftigt. Zuletzt machten die Anwärterinnen und Anwärter 11,7 Prozent aller Beschäftigten bei der Polizei aus.

Sehr erfreulich ist auch, dass bei der Polizei in Bund und Ländern inzwischen deutlich mehr Frauen arbeiten als noch vor 20 Jahren. In dieser Zeit stieg der Anteil der Frauen bei der Polizei von rund 20 Prozent im Jahr 2000 auf mittlerweile fast 30 Prozent im Jahr 2019. Im vergangenen Jahr waren insgesamt 97700 von 333600 Beschäftigten weiblich.

*(Quelle: Statistisches Bundesamt)*